SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Konfessioneller Konflikt und politisches Verhalten in Deutschland: vom Kaiserreich zur Bundesrepublik

Schmitt, Karl

Veröffentlichungsversion / Published Version
Konferenzbeitrag / conference paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Schmitt, K. (1989). Konfessioneller Konflikt und politisches Verhalten in Deutschland: vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. In H. Best (Hrsg.), *Politik und Milieu: Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich* (S. 155-174). Sankt Katharinen: Scripta Mercaturae Verl. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-337919

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Konfessioneller Konflikt und politisches Verhalten in Deutschland: vom Kaiserreich zur Bundesrepublik

Karl Schmitt

I. Vorbemerkung

Religion erscheint vielen Betrachtern der neueren deutschen Geschichte "als ein sich abschwächender Überhang von Tradition, nicht mehr den Gang oder gar den Fortgang der Dinge bestimmend 1)." Das mag erklären, warum Historiker, Politikwissenschaftler und Soziologen sich bisweilen schwer tun, die politische Bedeutung von Religion, Konfession und Kirche angemessen zu erfassen; warum etwa für viele Existenz und Eigenart der Zentrumspartei "mit den meisten generellen Aussagen, die zum Allgemeinbestand der Forschung über das politische System des Kaiserreichs geworden sind, nicht zusammenpassen 2)", warum das Zentrum im Parteiensystem der Weimarer Republik als "Fremdkörper 3)" empfunden werden kann, warum also die im Kaiserreich und in der Weimarer Republik stabilste Partei die "am wenigsten verstandene der großen politischen Bewegungen in Deutschland 4)" geblieben ist.

Hinter dieser Ratlosigkeit 5) verbirgt sich zweierlei: zum einen eine verengte Forschungsperspektive, die ihr Interesse auf die horizontalen, aus der industriellen Revolution erwachsenen Konflikte und Gesellschaftsstrukturen konzentriert und diesen alle vertikalen, d.h. konfessionellen, regionalen, ethnischen und sprachlichen Differenzierungen der Gesellschaft unterordnet. Zum anderen die deterministische Grundannahme, der zufolge noch bestehende Konflikte in der vertikalen Dimension lediglich ein Übergangsstadium zu einer Gesellschaft darstellen, deren Frontstellungen definitiv durch die horizontale Dimension, also materielle Verteilungskämpfe geprägt sind.

1) Thomas Nipperdey, "Religion und Gesellschaft: Deutschland um 1900," in: Historische Zeitschrift 246 (1988), S. 591.

2) Richard J. Evans, "Introduction," in: ders. (Hrsg.), Society and Politics in Wilhelmine Germany (London 1978), S. 30.

3) Erhard Blankenburg, Kirchliche Bindung und Wahlverhalten (Olten/Freiburg 1967), S. 148.

4) James J. Sheehan, "Klasse und Partei im Kaiserreich: Einige Gedanken zur Sozialgeschichte der deutschen Politik," in: Otto Pflanze (Hrsg.), Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches (München/Wien 1983), S. 9. Vgl. David Blackbourn, "Die Zentrumspartei und die deutschen Katholiken während des Kulturkampfes und danach," in: Pflanze, op. cit., S. 74: "Zeitweise hat man direkt den Eindruck, als glaubten die Historiker, das Zentrum dürfe es 'eigentlich' gar nicht gegeben haben."

5) Auch die Wahlsoziologie nimmt die Bedeutung des Faktors Konfession bisweilen nur widerstrebend zur Kenntnis. Vgl. Franz Urban Pappi, "Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik," in: Joachim Matthes (Hrsg.), Sozialer Wandel in Westeuropa (Frankfurt/New York 1979), S. 472: "Wenn sich der Faktor Religion bei einer Bundestagswahl wieder als wichtig herausgestellt hat, tröstet sich (sic!) mancher damit, daß dies demnächst ja anders werden müsse."

Diese Annahmen über Beschaffenheit und Abfolge gesellschaftlicher Konfliktstrukturen wurden durch das Überdauern, ja sogar die Renaissance vielfältiger ethnischer, regionaler, sprachlicher und konfessioneller Partikularismen in den Industriestaaten und das Scheitern zahlreicher Versuche, in der Dritten Welt nach europäischer Idealvorstellung in sich homogene Nationalstaaten aufzubauen, in Frage gestellt. Soziale Egalisierung, intensivere Kommunikation und gesteigerter Wohlstand haben nicht-ökonomische Identifikationen und Konflikte nicht nur nicht zum Verschwinden gebracht, sondern vielfach sogar noch gesteigert. Von einer zwangsläufig zunehmenden Dominanz ökonomischer Konflikte kann jedenfalls keine Rede sein 6).

Einsichten dieser Art legen es nahe, sowohl auf theoretische Vorentscheidungen über die Natur gesellschaftlicher Konflikte als auch auf deterministische Annahmen über deren notwendige zeitliche Abfolge zu verzichten. Interessen welcher Art aufeinanderstoßen, welche Konflikte zu Gruppenbildungen führen und welche nicht, welche politisiert werden, welche Frontstellungen über andere dominieren und wie einmal etablierte Frontstellungen zukünftige präjudizieren: all das ist dann eine rein empirische Frage. Konfessionelle Konflikte können dann einen gleichberechtigten Platz finden.

Im vorliegenden Beitrag soll die Bedeutung von Religion, Konfession und Kirche für das politische Verhalten der deutschen Bevölkerung von der Reichsgründung bis zur Gegenwart untersucht werden. Der Untersuchung wird das in der Tradition der Arbeiten von Lipset, Rokkan und Lepsius 7) entwickelte "Konzept der politisierten Sozialstruktur 8)" zugrundegelegt. Dieses Konzept eignet sich dafür einerseits durch seinen Verzicht auf problematische theoretische Vorentscheidungen, also durch die geforderte Offenheit. Andererseits erlaubt es eine sinnvolle Strukturierung des Gegenstands, indem es drei Untersuchungsebenen unterscheidet: Als erste Ebene gesellschaftliche Konflikte, als zweite aus der Austragung dieser Konflikte erwachsene gesellschaftliche Großgruppen ("Milieus") und schließlich, als dritte Ebene, durch Parteien strukturierte Muster politischen Massenverhaltens.

Im Mittelpunkt der folgenden Darstellung stehen daher drei Fragen: Wie sind die Frontstellungen *konfessioneller Konflikte* in Deutschland beschaffen und auf welche historischen Konstellationen sind ihre Entstehung und jeweilige Intensi-

6) Vgl. Theodor H a n f, "Un son de cloche! Essai sur confession et style politique en Allemagne," in: Revue d'Allemagne 16 (1984), S. 266 - 280, und Arend L i j p h a r t, "Religious versus Linguistic versus Class Voting: The 'Crucial Experiment' of Comparing Belgium, Canada, South Africa and Switzerland," in: American Political Science Review 73 (1979), S. 442 - 458.

7) Seymour M. L i p s e t u. Stein R o k k a n (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments (New York/London 1967); M. Rainer L e p s i u s, "Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft", in: W. A b e l et. al. (Hrsg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte (Stuttgart 1966), S. 371 - 393.

8) P a p p i, op. cit., S. 467.

tät zurückzuführen? Welche *konfessionellen Milieus* bilden sich heraus und wie entwickeln sich deren innere Struktur und mobilisierende Kraft? In welchem Verhältnis stehen konfessionelle Milieus zu *politischen Parteien* und in welchem Ausmaß prägen sie das *Wahlverhalten* der deutschen Bevölkerung? Die zeitliche Untergliederung orientiert sich an einschneidenden Zäsuren der konfessionspolitischen Grundkonstellation. Da - wie zu zeigen sein wird - eine solche Zäsur nicht im Regimewechsel 1918/1919 sondern in der Etablierung der Bundesrepbulik zu sehen ist, wird zunächst die Entwicklung von der Reichsgründung bis 1933 und im zweiten Schritt diejenige seit Bestehen der Bundesrepublik dargestellt.

II. Kaiserreich und Weimarer Republik

1. Konfessionskonflikt: unerwartete Renaissance

Seit Reformation und Gegenreformation Deutschland in zwei Bekenntnisse gespalten hatten, war hier im Unterschied zu konfessionell homogenen Ländern die dominierende Form religiöser Auseinandersetzung die Konfrontation zwischen den beiden konfessionellen Lagern. Nach Versuchen, die Einheit von Nation und Konfession mit militärischen Mitteln durch Auslöschung eines der beiden Kontrahenten wiederherzustellen, hatte - geboren aus Erschöpfung und der Einsicht in die Unbezwingbarkeit der jeweiligen Gegenseite - eine politische Lösung des Konflikts die Oberhand gewonnen. Das im Augsburger Religionsfrieden entwickelte und im Westfälischen Frieden endgültig durchgesetzte kunstvolle System der "amicabilis compositio", beruhend vor allem auf dem numerischen Gleichgewicht und dynastisch abgesicherter territorialer Segregation der Bekenntnisse, erreichte eine dauerhafte Einhegung des konfessionellen Konflikts.

Wie ist zu erklären, daß nach Jahrhunderten konfessionellen Friedens im 19. Jahrhundert eine jähe Wiederbelebung der inzwischen obsolet geglaubten konfessionellen Frontstellung stattfand?

Zwei Ereignisse waren es vor allem, die die bislang geltenden Grundlagen der konfessionellen Pazifizierung zerstörten 9). Das erste, die territoriale Neuordnung der Großen Säkularisation und des Wiener Kongresses, beseitigte die Deckungsgleichheit von konfessioneller und staatlicher Zugehörigkeit und brach die bislang konfessionell homogenen Lebensräume auf. Große, geschlossen katholische Gebiete kamen an die mehrheitlich evangelisch dominierten deutschen Staaten, vor allem an Preußen. Bei dem zweiten konfessionspolitisch folgenreichen Ereignis, der kleindeutschen Reichsgründung von 1871, wiederholte sich dieser Vorgang durch den Ausschluß Österreichs in größerem Maßstab. Von nun an lebten die Katholiken Deutschlands nicht nur in den Einzelstaaten (mit Ausnahme Bayerns und Sachsens) unter der Herrschaft evangelischer Dy-

9) Zum folgenden vgl. Anton R a u s c h e r (Hrsg.), Der soziale und politische Katholizismus: Entwicklungslinien in Deutschland 1803 - 1963 (München 1981).

nastien, sondern sie fühlten sich auch im "Heiligen Evangelischen Reich Deutscher Nation" (Adolf Stoecker), in dem sie eine Minderheit von einem Drittel darstellten, als Staatsbürger zweiter Klasse.

Der Inferioritätsstatus der deutschen Katholiken war nicht nur das Ergebnis der Zerstörung des numerischen Gleichgewichts. Er war zusätzlich Ausdruck der Tatsache, daß die katholischen Gebiete - noch mehr als dies seit der Reformation ohnehin der Fall war - durch die Neuordnung ins Abseits der gesellschaftlichen Dynamik geraten waren 10). Die Vernichtung der kirchlichen Bildungs- und Sozialeinrichtungen durch die Säkularisation hatte die Entfaltungsmöglichkeiten der katholischen Bevölkerung stark eingeschränkt. So hatten etwa die ehemaligen geistlichen Residenzstädte ihre Funktion als Zentren des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens verloren und fanden sich in den neuen Staaten nicht nur geographisch sondern auch hinsichtlich ihrer Entwicklungsmöglichkeiten am Rande. Da die konfessionelle Homogenität der Siedlungsgebiete zunächst im wesentlichen fortbestand, Konfession also fester Bestandteil der lokalen und regionalen Identität blieb, fielen lokale und regionale mit konfessionellen Interessen zusammen.

Die Säkularisation hat zudem eine Neuordnung der katholischen Kirchenorganisation ausgelöst, die sich als konfessionspolitisch äußerst brisant erweisen sollte. Nach der Liquidierung der alten Reichskirche, nach der Trennung geistlicher von weltlicher Gewalt wurden die entsprechend den neuen Territorialgrenzen neu geschaffenen Bistümer der Kirchenhoheit der Einzelstaaten unterstellt. Das folgenreichste Moment dabei war, daß der im Selbstverständnis des Staates als Souverän auch in Kirchenfragen einerseits und dem Anspruch der katholischen Kirche als vorstaatlicher autonomer Körperschaft andererseits angelegte Konflikt als Kampf zwischen den Konfessionen gedeutet werden konnte: dem um seine Befreiung vom Joch der Staatskirchenhoheit ringenden katholischen Klerus stand die Kultusbürokratie evangelischer Staaten gegenüber.

Entscheidend für den katholischen Bevölkerungsanteil wurde, daß die Austragung der Gegensätze zwischen katholischer Hierarchie und Staat, zwischen katholischer Minderheit und protestantischer Mehrheit, zwischen kultureller Peripherie und Zentralstaat, zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Staat sowie der soziale Gegensatz zwischen (katholischen) "kleinen Leuten" einerseits und (evangelischer) Staatsklasse und Unternehmerschaft andererseits im konfessionellen Gegensatz gebündelt werden konnte. Daß gerade der konfessionelle Gegensatz zum Kristallisationspunkt so unterschiedlicher, sich überlagernder Kon-

10) Vgl. Rudolf Lill, "Reichskirche - Säkularisation - katholische Bewegung," in: Rauscher (Hrsg.), op. cit. S. 15 - 45; Helmut Geller, "Sozialstrukturelle Voraussetzungen für die Durchsetzung der Sozialform 'Katholizismus' in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts," in: Karl Gabriel u. Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.), Zur Soziologie des Katholizismus (Mainz 1980), S. 66 - 88 sowie Michal N. Ebertz, "Herrschaft in der Kirche. Hierarchie, Tradition und Charisma im 19. Jahrhundert," in: Gabriel u. Kaufmann (Hrsg.), op. cit., S. 89 - 111.

fliktlagen wurde, läßt sich auf drei Umstände zurückführen. Zum einen war die Konfessionszugehörigkeit für die breite Bevölkerung das sichtbarste Unterscheidungs- und Identifikationsmerkmal. Zum anderen verfügte der konfessionelle Gegensatz als einziger über einen organisatorischen Rückhalt. Und schließlich provozierte die staatlicherseits verfolgte Politik geradezu eine konfessionelle Deutung der Auseinandersetzung.

Im "Mischehenstreit" der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts sorgte die preußische Regierung durch die spektakuläre Verhaftung der Erzbischöfe von Köln und von Posen-Gnesen für die Voraussetzungen der "erste(n) mit publizistischen Mitteln geführte(n) Massenbewegung für die Kirchenfreiheit, die eine Solidarisierung der katholischen Bevölkerung in Preußen und im übrigen Deutschland bewirkte 11)." Eine Generation später wurde die Frontstellung im "Kulturkampf", nunmehr auf nationalstaatlicher Ebene, noch weiter vorangetrieben. Bei seinem Versuch, den katholischen Bevölkerungsteil durch einen "innenpolitischen Präventivkrieg 12)" gewaltsam in das neue Reich zu integrieren, erreichte Bismarck das Gegenteil dessen, was er angestrebt hatte. Anstatt die konfessionellen Scheidelinien zu neutralisieren, verhalf er dem konfessionellen Selbstbewußtsein zu neuer Blüte. Auch in diesem Konflikt erlangte die konfessionelle Frontstellung Priorität gegenüber allen anderen. Nationalitätenpolitische (östliche Provinzen Preußens, Elsaß-Lothringen), kulturpolitische (staatliche Schulaufsicht, Zivilehe) und verfassungspolitische Auseinandersetzungen (Rechtsstaatlichkeit, Föderalismus) wurden so in ein konfessionelles Fahrwasser geleitet.

Der Abbau der Kulturkampfgesetzgebung machte zwar das in den Jahrzehnten bis zur Jahrhundertwende vollzogene Hineinwachsen der Katholiken in den Nationalstaat möglich. Daß der konfessionelle Konflikt für die Katholiken jedoch weiterhin bedeutsam blieb, hatte eine seiner Ursachen darin, daß er sich durch die Bildung eines Milieus und durch die Schaffung einer wirkungsvollen politischen Vertretung inzwischen fest institutionalisiert hatte. Dem Konfessionskonflikt kam solchermaßen sein zeitlicher Vorsprung zugute. Er hatte seine Massenwirksamkeit bereits erreicht, als die mit der industriellen Revolution verbundenen Klassengegensätze sich voll entfalteten. Zudem waren einige der objektiven Grundlagen des Konfessionskonflikts erhalten geblieben, vor allem die Minderheitenlage und die soziale Inferiorität der Katholiken.

Der Übergang zur Weimarer Republik hätte - angesichts des mit dem Sturz der Monarchie verbundenen Fortfalls institutioneller Bindungen des Staates an den Protestantismus - eine Abschwächung der katholischen Defensivhaltung herbeiführen können. Die scharf antiklerikale Politik einiger Kultusminister, allen voran des preußischen, in der Zeit unmittelbar nach der Revolution verhin-

11) Rudolf L i l l, "Die Länder des Deutschen Bundes und die Schweiz 1830 - 1848," in: Herbert J e d i n (Hrsg.), Handbuch der Kirchengeschichte, Bd. VI/1, (Freiburg/Basel/Wien 1973), S. 398.

12) Heinrich B o r n k a m m, Die Staatsidee im Kulturkampf (München 1950), S. 66.

derte das zunächst. Dennoch führte die Erledigung wesentlicher kirchenpolitischer Streitfragen durch die Weimarer Reichsverfassung (Garantie der korporativen Rechte der Kirche und der Religionsfreiheit), die Beseitigung der staatlichen Diskriminierung ("Zentrumsbeamte") und innerkirchlichen Entwicklungen (Reformkatholizismus, Katholische Aktion, Jugendbewegung) bis 1933 zu einer merklichen Schwächung der konfessionellen Konfrontation.

Die konfessionelle Frontstellung des katholischen Bevölkerungsteils lebte von seiner Fixierung auf *den* Protestantismus. Alle für Zusammenhalt und kulturelle Identität der Katholiken als bedrohlich empfundenen Entwicklungen: der Liberalismus, der Kapitalismus, der Sozialismus, schließlich der "Modernismus" überhaupt, wurden als Ausfluß protestantischen Geistes verstanden [13]).

Der Protestantismus als einheitliche Größe war jedoch eine katholische Fiktion. Der evangelische Bevölkerungsteil war vielfältig gespalten. Für ihn blieb der konfessionelle Gegensatz sekundär. Einen Konflikt, der ihn als Ganzen in eine geschlossene Frontstellung hätte bringen können, hat es nicht gegeben [14]).

So war die Große Säkularisation, wesentliche Voraussetzung für die Wiederbelebung des katholischen Konfessionalismus, für den Protestantismus praktisch folgenlos. Der evangelische Bevölkerungsteil blieb privilegierte Mehrheit. Die Staatsoberhäupter waren weiterhin zugleich Landes- und Kirchenherren, die Kirchen blieben - in einzelne *Landes*kirchen parzelliert - Behörden- und Pastorenkirchen ohne nationale Repräsentanz. Konflikte mit dem Staat waren so von vornherein ausgeschlossen.

Die für den Protestantismus entscheidenden Konfliktlinien verliefen daher - mangels Formierung zu einer kompakten Einheit - in der Folgezeit *nicht zwischen* den Konfessionen, sondern *innerhalb* des evangelischen Bevölkerungsteils. Bei dieser Grundkonstellation innerhalb des deutschen Protestantismus sollte es bis 1933 bleiben, auch dann, als er sich nach 1918 in einer völlig neuen Lage fand.

2. Milieus: konfessionelle Asymmetrie

Als Bismarcks Kulturkampf gescheitert war, hatte die Erfahrung des äußeren Druckes das katholische Bevölkerungsdrittel des Deutschen Reiches zu einem Milieu mit festen Strukturen, klarem Sonderbewußtsein und deutlicher Abgrenzung nach außen formiert. Es beruhte auf der Verbindung zweier Organisationsformen: der zentralisierten und bürokratisierten Amtskirche und dem hautpsächlich von Laien getragenen Vereins- und Verbandswesen. Die besondere Wirksamkeit des Vereins- und Verbandswesens beruhte darauf, daß es die Ausdifferenzierungen von Berufsfeldern und Lebenslagen, die die allgemeine ge-

13) Zur kultursoziologischen Deutung der Vielfrontenverteidigung des Katholizismus vgl. Helmuth Plessner, Die verspätete Nation (Frankfurt 1974), S. 59f.

14) Zum folgenden vgl. Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. IV (Freiburg 1955), S. 276 ff.

sellschaftliche Entwicklung des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts mit sich brachte, in immer neuen Anpassungen aufnahm, zur Grundlage von Gemeinschaftsbildungen machte und somit eine Konzentration nahezu aller Sozialbeziehungen auf die Angehörigen der eigenen Konfession ermöglichte.

Die gemeinsame konfessionelle Basis der Vereinsbildung und die flächendekkende örtliche Präsenz der Amtskirche integrierten die lokalen Milieus quer durch die Schichten. Der universelle Charakter der Amtskirche und die nationale Verfassung der Verbände sorgten gleichzeitig für ein Gegengewicht zum Parochialismus und ermöglichten die Integration auch unterschiedlich strukturierter lokaler Milieus in eine überlokale Subgesellschaft mit gemeinsamem Selbstverständnis.

Auf diese Weise konnte nicht nur das vorhandene Terrain gesichert werden. Darüberhinaus etablierte sich das katholische Milieu gerade auch in gesellschaftlichem Neuland, in den im Entstehen begriffenen Industrielandschaften [15]. Einerseits erlaubte es die Aufrechterhaltung hergebrachter Bindungen, traditionaler Weltbilder und unstädtischer Lebensweisen. Es bot äußere Ordnung und innere Sinngebung von einer außerhalb der Arbeitssphäre liegenden Lebenswelt her, und damit auch Schutz gegen die atomisierenden Folgen industrieller Arbeitsprozesse. Andererseits offerierte das katholische Milieu aber auch Instrumente, die es den Betroffenen erlaubten, die aus der Arbeitswelt resultierenden Problemlagen *innerhalb* des katholischen Bevölkerungssegmentes zu bewältigen (Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften). Von hieraus erklärt sich auch die weitgehende Immunität des katholischen Milieus gegenüber dem einzigen Milieu, das sich nach der Reichsgründung neu herausbildete, dem sozialdemokratischen.

Auch im evangelischen Bevölkerungsteil waren die sozialen Beziehungen durch die regionale Konzentration der Konfessionen und die Selbstabschließung des katholischen Milieus auf die Angehörigen der eigenen Konfession beschränkt. Es fehlte jedoch im Protestantismus eine selbständige, einheitlich organisierte und mit dem Anspruch gesellschaftlicher Gestaltung auftretende Institution Kirche, die als Klammer für die bereits bestehenden und die sich herausbildenden Protestantismen hätte fungieren können.

Die Kirche fiel damit sowohl auf lokaler wie auf überlokaler Ebene als Faktor der Integration gegensätzlicher sozialer Gruppen weitgehend aus [16]. Das evangelische Verbandswesen allein, ohnehin schwächer ausgebildet als das katholische,

15) Vgl. Karl R o h e, "Vom alten Revier zum heutigen Ruhrgebiet. Kontinuität und Wandel einer regionalen politischen Gesellschaft," in: ders. (Hrsg.), Vom Revier zum Ruhrgebiet. Wahlen, Parteien, politische Kultur (Essen 1986), S. 11 - 42.

16) Ausnahmen sind Bayern und gemischtkonfessionelle Gebiete. Vgl. Dietrich T h r ä n h a r d t, Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848 - 1953 (Düsseldorf 1973), S. 64 ff.; Christel K ö h l e - H e z i n g e r, Evangelisch-katholisch. Untersuchungen zum konfessionellen Vorurteil und Konflikt im 19. und 20. Jahrhundert vornehmlich am Beispiel Württembergs (Tübingen 1976) und Rohe, op. cit.

konnte die Kirche hier nicht ersetzen.

Keines der drei auf dem Boden des deutschen Protestantismus entstandenen sozialen Milieus (Konservative, Liberale, Sozialdemokraten) konnte sich daher auf die Mobilisierung konfessioneller Solidarität oder einen Rückhalt der Institution Kirche stützen. Jedes von ihnen war damit auf den Aufbau eigener milieuspezifischer Integrationsmechanismen verwiesen. Lediglich dem sozialdemokratischen Milieu gelang eine Verfestigung der organisatorischen Infrastruktur, die mit der des katholischen Milieus vergleichbar war. Allen drei im protestantischen Raum beheimateten Milieus war gemeinsam, daß sie im Unterschied zum katholischen nicht auf ein so klares Kriterium wie die Konfessionszugehörigkeit als Milieugrenze zurückgreifen konnten. Sie waren daher sehr viel stärker von Veränderungen ihrer jeweiligen sozioökonomischen Basis und vom Wandel politischer und ideologischer Konstellationen abhängig.

3. Parteien und Wähler: Konfessionalisierung

Die in sich abgeschlossene katholische Subgesellschaft bedurfte einer politischen Vertretung ihrer Ziele gegenüber dem einzelstaatlichen und nationalen Gesamtsystem. Daß diese Aufgabe nicht mehr allein der administrativ-gouvernementalen Aktionsform der Amtskirche überlassen, sondern einer eigenen politischen Partei, dem Zentrum, übertragen wurde, war eine natürliche Konsequenz der Milieubildung, lag auf der generell verfolgten Linie der Massenmobilisierung im kirchlichen und gesellschaftlichen Bereich. Klerus und Laien ergriffen die Chancen, die Demokratisierung und Parlamentarisierung boten. Die theologische Begründung einer katholischen politischen Partei erschien unproblematisch; die herrschende Naturrechtslehre bot eine weithin akzeptierte Legitimation [17]. Der landläufigen Wahrnehmung des "Zentrums-Turms" als einer "weltlichen Ausgabe des Felsens Petri [18]" stand damit nichts im Wege.

Wie das katholische Milieu selbst, so entsprang auch die Gründung seines "politischen Aktionsausschusses" (Lepsius), der Zentrumspartei, einem defensiven Impetus. Die Geschichte der Partei zeigt, daß sowohl die Grundlage ihrer Existenz, die Loyalität der Wähler, als auch ihre politische Handlungsfähigkeit davon abhingen, in welchem Maße die katholische Bevölkerung sich bedroht sah. Dementsprechend war zur Zeit des "Kulturkampfes" die Geschlossenheit, mit der die Katholiken hinter der Partei standen, am größten und deshalb war sie in Bayern am geringsten [19]. Bei den Reichstagswahlen von 1874 bis 1884

17) Vgl. Franz-Xaver K a u f m a n n, Wissenssoziologische Überlegungen zu Renaissance und Niedergang des katholischen Naturrechtsdenkens im 19. und 20. Jahrhundert", in: Franz B ö c k l e und Ernst-Wolfgang B ö c k e n f ö r d e (Hrsg.), Naturrecht in der Kritik (Mainz 1973), S. 126 - 164.

18) Rudolf M o r s e y, "Katholizismus und Unionsparteien in der Ära Adenauer," in: Albrecht L a n g n e r (Hrsg.), Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949 - 1963 (Paderborn etc. 1978), S. 34.

erhielt sie zwischen 80 und 86 Prozent der katholischen Stimmen, ein Anteil, den sie später nicht wieder erreichte.

Solange das Zentrum für bedrohte kirchliche Rechte oder für die soziale Gleichstellung des katholischen Volksteils eintrat, konnte das "einigende Band", die Gemeinschaft der Konfession, voll zur Wirkung kommen. In dem Maße jedoch, in dem Sachfragen auf der politischen Tagesordnung standen, die wenig Bezug zu kirchen-, kultur- und sozialpolitischen Zielsetzungen hatten, zeigte sich die Schwierigkeit eines Interessenausgleichs innerhalb einer Partei, die die Breite der sozialstrukturellen Gliederung der deutschen Gesellschaft von allen Parteien am vollständigsten repräsentierte [20]. Solange sich im Kaiserreich trotz des Abbaus der Kulturkampfgesetzgebung und trotz der Schlüsselstellung im Reichstag, die das Zentrum seit 1890 in den "Vorhof der Macht [21]" geführt hatte, die deutschen Katholiken noch als Staatsbürger zweiter Klasse fühlen konnten, ließen sich innerparteiliche Spannungen immer wieder dadurch mildern, daß gemeinsame Forderungen auf die Tagesordnung gesetzt wurden (z.B. der "Toleranzantrag").

Daß die Zentrumspartei beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik ohne grundsätzliche Änderung ihrer Strategie "mit der alten Fahne in die neue Zeit [22]" ziehen konnte, verdankte sie in erster Linie wiederum einer Bedrohungssituation. Die seit der Gründung des Zentrums vorhandenen und im Gewerkschafts- und Zentrumsstreit verstärkten Bestrebungen, die Partei aus der ausschließlichen Bindung an den katholischen Bevölkerungteil herauszuführen und aus ihr eine interkonfessionelle Programmpartei zu machen, scheiterten daran, daß die Revolution das Kulturkampftrauma wiederbelebte.

Die weitere Entwicklung entzog jedoch der defensiven Strategie die Grundlage. Traditionelle Kernforderungen der Zentrumspartei wurden in der Weimarer Reichsverfassung erfüllt. Die politische Vertretung des deutschen Katholizismus trat vom "Vorhof der Macht" in die dauernde politische Verantwortung. Sie wurde zu einer staatstragenden Partei. Die verbliebenen Desiderate (Reichsschulgesetz, Reichskonkordat) reichten als "einigendes Band" nicht aus.

Deutliches Zeichen der Desintegration war die Abspaltung der Bayerischen Volkspartei (BVP), die 1925 dem preußisch-protestantischen Feldmarschall von Hindenburg gegen den Zentrumskandidaten Marx zur Wahl als Reichspräsident verhalf. Die "Schicksalskurve" des Zentrums wies nach unten und ließ einen

19) Vgl. Johannes S c h a u f f, Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (Neudruck, hrsg. v. Rudolf Morsey Mainz 1975).

20) Zur Sozialstruktur des Katholizismus vgl. Clemens B a u e r, "Der deutsche Katholizismus und die bürgerliche Gesellschaft," in: ders. (Hrsg.), Deutscher Katholizismus. Entwicklungslinien und Profile (Frankfurt 1964), S. 28 - 53 und Gerhard A. R i t t e r, Die deutschen Parteien 1830 - 1914 (Göttingen 1985), S. 54 f.

21) Rudolf M o r s e y, " Der politische Katholizismus 1890 - 1933', in: R a u s c h e r (Hrsg.), op. cit., S. 110 - 164.

22) Titel eines Buches des badischen Zentrumsführers Joseph S c h o f e r.

langsamen aber kontinuierlichen Schwund an Wählerstimmen erkennen 23).

Im Protestantismus unterschied sich die Konstellation von Kirche, Staat und Parteien grundlegend von der im katholischen Bereich. Bis zum Ende des Kaiserreichs bedurfte hier die Institution Kirche als Bestandteil des staatlichen Systems keiner außeradministrativen, also etwa parlamentarischen oder parteipolitischen Repräsentanz. Ihr Selbstverständnis als Mahner und Wächter gegenüber einer als christlich verstandenen Obrigkeit entlastete die evangelischen Kirchenglieder von politischer Verantwortung. Ein spezifisch protestantisches politisches Engagement war daher weder durch ein Erfordernis zur Verteidigung der Rechte der Kirche, noch durch einen konfessionellen Selbstbehauptungswillen gegenüber einer anderskonfessionellen Überfremdung, noch durch die Notwendigkeit gegeben, eine spezifisch protestantische Programmatik in den politischen Prozeß einzubringen.

Die politische Mobilisierung des evangelischen Bevölkerungsteils vollzog sich damit dank der Selbstabschließung des Katholizismus zwar im protestantischen Raum, jedoch unter einer Vielzahl von Gesichtspunkten, bei denen der Bezug zu Kirche und Konfession eine durchaus unterschiedliche Rolle spielte. Die drei großen Gruppierungen, die ihre Anhänger im evangelischen Bevölkerungsteil rekrutierten, waren daher zwar protestantische Parteien, aber nicht Parteien *des* Protestantismus. Zwei von ihnen waren aus der Spaltung des Protestantismus in Konservative und Liberale hervorgegangen. Beide Richtungen verband eine antikatholische Grundstimmung, wenngleich nur die konservative Richtung in kirchlich gebundenen Kreisen beheimatet war, während der Liberalismus seinen Schwerpunkt im kirchendistanzierten Kulturprotestantismus hatte. Die Sozialdemokratie organisierte die der Kirche entfremdete evangelische Arbeiterschaft und stand der politischen Ordnung insgesamt und damit auch der evangelischen Kirche als ihrem Bestandteil in schroffer Frontstellung gegenüber.

Die evangelische Kirche erhielt 1918 ihre Selbständigkeit. Gleichzeitig war sie jedoch im neuen deutschen Staat funktions- und ortlos geworden, ohne klare Definition ihrer Rolle, weder eine Mehrheit noch eine Minderheit repräsentierend, - die "sitzengebliebene Magd einer vertriebenen monarchischen Obrigkeit 24)." Der Weg, den weggefallenen landesherrlichen Summepiskopat als politische Repräsentation des Protestantismus in der Form einer spezifisch evangelischen Partei zu ersetzen, war nicht gangbar. Die Verteilung der Parteipräferenzen der evangelischen Bevölkerung folgte dementsprechend zunächst

23) Vgl. S c h a u f f, op. cit. und Jürgen W. F a l t e r et al., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik (München 1986).

24) Wolf-Dieter H a u s c h i l d, "Volkskirche und Demokratie. Evangelisches Kirchenverständnis und demokratisches Prinzip im 20. Jahrhundert", in: Dieter O b e r n d ö r f e r und Karl S c h m i t t (Hrsg.), Kirche und Demokratie (Paderborn 1983), S. 44. Zum Versuch der Neuorientierung des Protestantismus in der Weimarer Republik vgl. Rudolf S m e n d, "Protestantismus und Demokratie", in: ders. (Hrsg.), Staatsrechtliche Abhandlungen (Berlin 1955), S. 297 - 308.

weitgehend dem unter dem Kaiserreich etablierten Muster.

Die Wahlerfolge der NSDAP jedoch, die Hitler den Weg zur Macht ebneten, sind in erster Linie durch die Unterstützung der evangelischen Bevölkerung zustande gekommen. Während die bürgerlich-liberalen protestantischen Mittelparteien und die DNVP einen Großteil ihrer Anhänger an die NSDAP verloren, blieb der Wählerstamm von Zentrum und BVP (wie auch der von SPD und KPD) bis 1933 bemerkenswert konstant. An diesem Kontrast wird deutlich, welche stabilisierende Wirkung ein durch Amtskirche, Partei und Verbände integriertes konfessionelles Milieu selbst unter extremen Bedingungen noch entfalten konnte.

III. Bundesrepublik: vom Milieu zur Volkspartei [25]

1. Konfessionskonflikt: Entspannnung

Ein Blick auf die Konstellation der Jahre nach 1945 zeigt, daß nunmehr wesentliche Elemente fehlten, die im Kaiserreich den Konfessionskonflikt zu einer dominanten Frontstellung gemacht und zu seinem Fortbestehen in der Weimarer Republik beigetragen hatten. Das für die Bundesrepublik folgenreichste Faktum war der neue Konfessionsproporz. Durch die deutsche Teilung wurde im westlichen Teilstaat das konfessionelle Gleichgewicht des Westfälischen Friedens wiederhergestellt. Die deutschen Katholiken waren aus ihrer Minderheitensituation befreit. Ihre politische Repräsentanz wurde damit erstmals mehrheitsfähig. Die Kanzlerschaft eines ehemaligen Zentrumspolitikers, unter dessen eineinhalb Jahrzehnte währender Amtszeit die wichtigsten Weichenstellungen der neuen Republik vollzogen wurden [26], machte die neue Lage sinnfällig.

Der traditionellen Defensivhaltung der Katholiken war die objektive Grundlage entzogen. Sie wurden so zu den "Entdeckern" [27] der zweiten deutschen Republik und konnten sich "erstmals... in einem deutschen Bundesstaat ungebrochen politisch zu Hause fühlen [28]." Umgekehrt sahen sich die Protestanten zunächst eher in der Defensive. Dieser Gefühlslage verlieh Martin Niemöller Ausdruck, als er die Bundesrepublik einen "letztlich... katholischen Staat" nannte, "in Rom gezeugt und in Washington geboren [29]."

Eine Entspannung der konfessionellen Frontstellung ergab sich aus der neuen

25) So der Titel eines von Herbert K ü h r (Meisenheim 1979) herausgegebenen Bandes.

26) Zum Einfluß katholischer Vorstellungen bei der sozialen und politischen Neugestaltung vgl. Hans M a i e r, Kirche und Gesellschaft (München 1972), S. 210f.

27) Gerhard S c h m i d t c h e n, Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur (Bern/München 1973), S. 245.

28) Karl F o r s t e r, "Deutscher Katholizismus in der Ära Adenauer," in: Dieter B l u m e n w i t z et al. (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit, Bd. 2 (Stuttgart 1977), S. 497.

29) Interview N i e m ö l l e r s mit dem "Wiesbadener Kurier" vom 16.12.1949; Abdruck in: Kirchliches Jahrbuch 76 (1949), S. 240ff.

Lage auf vielen hergebrachten Konfliktfeldern. Die traditionellen anti-zentralstaatlichen und anti-preußischen Affekte der deutschen Katholiken hatten mit dem Verschwinden Preußens von der politischen Landkarte und mit der Gründung eines Bundesstaates ihren Gegenstand verloren. Zudem hat die konfessionelle Durchmischung der Bevölkerung im Gefolge von Evakuierungen und Flüchtlingsbewegungen, später der angestiegenen beruflichen Mobilität, die Dekkungsgleichheit von regionaler und lokaler mit konfessioneller Identifikation - soweit solche Identifikationen noch vorhanden waren - für die meisten Gebiete aufgehoben.

Die traditionelle Forderung der Katholiken nach "Parität" im öffentlichen Leben, insbesondere in der Staatsbürokratie, schon in der Weimarer Republik weitgehend verwirklicht, konnte unter den jetzt gegebenen Umständen kein gravierendes Problem darstellen. Der in vielen Bereichen praktizierte Konfessionsproporz und die Abschwächung (wenn auch nicht völlige Beseitigung) des katholischen Bildungsdefizits und des zu Lasten der Katholiken gehenden Statusgefälles haben diesem traditionellen Konfliktgegenstand seine Virulenz genommen. Überdies war das Staat-Kirche-Verhältnis auf eine bewährte Grundlage gestellt worden (Inkorporation der Kirchenartikel der Weimarer Reichsverfassung ins Grundgesetz).

Was vom alten Konfliktpotential blieb, waren drei Probleme: Das Ausmaß staatlicher Unterstützung für den Fortbestand der katholischen Subgesellschaft (z.B. Elternrecht, konfessionelles Schulwesen, Sozialgesetzgebung), die Anerkennung bestimmter ethischer Postulate als den Staat bindende Normen (z.B. Schwangerschaftsunterbrechung, Ehegesetzgebung) und schließlich die staatliche Garantie kirchlicher Autonomie (z.B. öffentlich-rechtlicher Status, Kirchensteuer). Die verbliebenen Konfliktgegenstände führten zwar in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder zu Auseinandersetzungen. Ihre Austragung konnte jedoch nur noch als Frontstellung zwischen religiösen und areligiösen Kräften, hingegen nicht mehr ohne weiteres als Konfrontation zwischen Protestanten und Katholiken verstanden werden. Die zum Teil aus gemeinsamen Erfahrungen unter dem NS-Regime erwachsene ökumenische Grundstimmung hatte überdies zwischen den großen Kirchen zu einer Intensivierung der Kontakte und zur Verständigung in vielen praktischen Fragen geführt.

2. Das katholische Milieu: Überdauern, Pluralisierung, Schrumpfung

Dem nationalsozialistischen Regime ist eine Einebnung der konfessionellen Subkulturen zur "Volksgemeinschaft" nicht gelungen. Da die antikirchlichen Maßnahmen vielerorts eine Stimmung der Solidarität erzeugten, die die Katholiken an die Kulturkampfzeit erinnerte, hat nicht nur die katholische Kirchenorganisation, sondern auch das katholische Milieu die "Planierraupe des Nationalsozialismus" überlebt [30].

Allerdings war ein wichtiger Stützpfeiler des katholischen Milieus zerstört. Trotz Reichskonkordat waren sämtliche katholischen Organisationen aufgelöst worden. Damit stand der Katholizismus im Jahre 1945 vor der Frage, ob er an seinen Erfahrungen und Aktionsmodellen der Zeit vor 1933 anknüpfen oder aber die Chance eines Neuanfangs nutzen sollte, um in einer neuen Situation neue Wege jenseits der Selbstabschließung zu suchen. Nach einigem Schwanken fiel die Entscheidung zugunsten des traditionellen Modells der geschlossenen Formation 31). Die Kirche setzte sich erfolgreich für die Wiedererrichtung der unter dem Nationalsozialismus abgeschafften Konfessionsschulen ein und unterstützte nachhaltig den Wiederaufbau des kirchlichen Verbandswesens, der 1952 in der Gründung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken gipfelte. Die Grenzen des Milieus blieben deutlich markiert (Verbot konfessionell gemischter Ehen). Damit war die Vorkriegskonstellation wieder hergestellt, allerdings mit zwei gewichtigen Ausnahmen: auf die Wiedererrichtung christlicher Gewerkschaften und einer eigenen konfessionellen Partei wurde verzichtet.

Das in den späten 40er und in den 50er Jahren organisatorisch regenerierte katholische Milieu hat seither jedoch einen dramatischen Wandel erfahren. Dieser Prozeß läßt sich einerseits als Öffnung, andererseits als Schrumpfung und Profilverlust umschreiben.

Am sichtbarsten ist die deutliche Deritualisierung des Alltagslebens. Hergebrachte Formen der Frömmigkeit wurden vielfach aufgegeben, die Beteiligung am kirchlichen Leben ging zurück, die Kirchgangsziffern halbierten sich zwischen 1949 und 1985. Die Autorität der Hierarchie in Fragen der Glaubenslehre und der Lebensführung nahm ab. Impulse aus der Gesamtkirche, die Enzykliken der Päpste Johannes' XXIII. und Pauls VI. sowie das II. Vatikanische Konzil gaben den Forderungen nach innerkirchlichem Pluralismus Auftrieb. Der Maßstab der Einheitlichkeit und Geschlossenheit trat gegenüber der Eigenverantwortung der Katholiken, der eigenständigen Bemühung um situationsgemäße Formen der Glaubenspraxis und des gesellschaftlichen Engagements zurück. Damit verlor der Katholizismus viel von seinem bisher charakteristischen konfessionellen Profil.

Im Zuge dieser Entwicklung verwischten sich zunehmend die Milieugrenzen, am deutlichsten ablesbar an der deutlich steigenden Zahl konfessionell gemischter Eheschließungen. Dazu hat zwar das Verschwinden wichtiger sozialer Stützen der konfessionellen Segregation (konfessionelle Durchmischung der Bevölkerung; Abschaffung der Konfessionsschulen) beigetragen. Wesentlicher war jedoch der

30) Alf Mintzel, Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit (Opladen 1984), S. 245. Zum folgenden vgl. Herbert Kühr, "Katholische und evangelische Milieus: Vermittlungsinstanzen und Wirkungsmuster," in: Dieter Oberndörfer, Hans Rattinger u. Karl Schmitt (Hrsg.), Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel (Berlin 1985), S. 245 - 261.

31) Vgl. Klaus Gotto, "Zum Selbstverständnis der katholischen Kirche im Jahre 1945", in: Dieter Albrecht et al., (Hrsg.), Politik und Konfession (Berlin 1983), S. 465 - 481.

Schwund des konfessionellen Sonderbewußtseins der Katholiken angesichts des Fortfalls äußeren Drucks, innerkirchlicher Pluralisierung und der Durchschlagskraft konfessionell unspezifischer Massenmedien.

Das kirchliche Verbandswesen, einer der traditionellen Stützpfeiler des katholischen Milieus, büßte durch Funktionsverlust und Funktionsveränderung an Bedeutung ein. Seine frühere Defensivaufgabe war überflüssig geworden, ein Teil seiner ursprünglichen Aufgaben als Selbsthilfeorganisation des katholischen Volksteils wurde vom Staat oder den Kommunen übernommen.

Kurz: Von einem geschlossenen katholischen Milieu, wie es noch in den 50er Jahren bestand, kann in den 80er Jahren nicht mehr gesprochen werden.

3. Emanzipation der Parteien ohne Entkonfessionalisierung der Wähler

Die wichtigste politische Entscheidung des Katholizismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit war zugleich das für das deutsche Parteiensystem folgenreichste Novum: Anstelle der Wiedererrichtung einer eigenen katholischen Partei wurden gemeinsam mit Teilen des Protestantismus die interkonfessionellen Unionsparteien gegründet.

Vorausgegangen war eine Politisierung des deutschen Protestantismus, die auf einer elementaren Erfahrung beruhte, der Spaltung der evangelischen Kirche unter dem Nationalsozialismus und dem "Kirchenkampf". Diese Erfahrung hatte zu der Einsicht geführt, daß auch evangelische Christen einer eigenständigen politischen Verantwortung nicht ausweichen können, ja, daß die Dimension des Politischen unabdingbar zur christlichen Existenz gehört [32]. Die Politisierung des Protestantismus führte die evangelischen Kirchenleitungen jedoch nicht dazu, die seit der Gründung der Unionsparteien erstmalig auch für die deutschen Protestanten eröffnete spezifisch christliche Parteioption autoritativ zu unterstützen. Sie entschieden sich vielmehr für eine parteipolitische Neutralität. In der Praxis bedeutete das, daß sich prominente Protestanten auf verschiedenen Seiten des parteipolitischen Spektrums engagierten.

Mitbestimmend für die neutrale Haltung der Kirchenleitungen ist die starke Polarisierung des kirchlichen Protestantismus. Eine der Ursachen dieser Gegensätze ist - neben den traditionellen Unterschieden der reformatorischen Bekenntnisse - das Wiedererstehen einer starken, auf direkte Umsetzung christlich-ethischer Prinzipien in Politik zielenden Strömung im deutschen Protestantismus. Diese Richtung konnte - wie die Auseinandersetzung Heinemanns mit Adenauer zu Beginn der 50er Jahre exemplarisch gezeigt hat [33] - in den Unionsparteien

32) Vgl. Wolfgang Huber, Kirche und Öffentlichkeit (Stuttgart 1973) sowie Trutz Rendtorff, "Protestantismus zwischen Kirche und Christentum," in: Werner Conze u. M. Rainer Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (Stuttgart 1983), S. 410 - 440.

keine Heimat finden. Sie fand schließlich über die Gesamtdeutsche Volkspartei den Weg zur SPD und öffnete diese Partei für breite Kreise des kirchlichen Protestantismus, wobei auch national-protestantische Einstellungen und evangelisch-konfessionalistische Affekte gegenüber der dominant katholischen CDU/CSU eine Rolle gespielt haben.

Für die katholische Seite verlangte die Gründung der interkonfessionellen Unionsparteien vorderhand keine grundlegende Neuorientierung der politischen Aktionsmuster. An die Stelle des alten Zentrums war nunmehr die CDU/CSU als fast unbestrittener Adressat der Loyalität des organisierten Katholizismus getreten.

Diese Renaissance politischer Verhaltensmuster aus der Vorkriegszeit beschränkte sich nicht auf das katholische Bevölkerungssegment, sondern galt für das "neue" Parteiensystem insgesamt. Auch die übrigen Milieus hatten nämlich über 1933 hinaus hinreichend Substanz bewahrt, um eine personelle, organisatorische und programmatische Kontinuität zu ermöglichen [34]). Sozialdemokratie und Liberalismus konstituierten sich als Weltanschauungspartei neu und knüpften teilweise an laizistische Elemente ihrer Vorkriegstraditionen an. Auch sie blieben zunächst stark auf ihr jeweiliges Milieu fixiert.

Im historischen Rückblick wird allerdings deutlich, daß bereits in der Parteienkonstellation, wie sie sich zur Zeit der Gründung der Bundesrepublik darstellte, der Keim eines grundlegenden Wandels lag. Dieser Wandel, der Ende der 50er Jahre einsetzte und bis heute andauert, läßt sich als Prozeß der Verselbständigung der Parteien und Loslösung von ihren jeweiligen Milieus umreißen.

Der Boden des alten Systems war verlassen, als sich in Gestalt der CDU/CSU ein politischer Verband konstituierte, der unter seinem Dach mehr als nur die Repräsentanten *eines* Milieus vereinigen wollte. Dies war der Anfang vom Ende eines auf Milieus basierenden Parteiensystems und mußte auf lange Sicht der katholischen Strategie der geschlossenen Formation den Boden entziehen. Der Regierungsstil Adenauers, der sich auf das katholische Milieu zwar stützte, sich in seiner Politik von ihm jedoch nicht binden ließ, und der die CDU nicht als "christlichen Missionsverein" [35]) betrachtete, sondern als Instrument zur Beschaffung einer Mehrheit für seine Politik, hat diese Entwicklung vorangetrieben. Damit war der Weg vom Weimarer Proporzsystem hin zum System alternierender Parteiregierungen angelsächsischer Prägung gebahnt [36]). Der Erfolg der Samm-

33) Vgl. Andreas Hillgruber, "Heinemanns evangelisch-christlich begründete Opposition gegen Adenauers Politik 1950 - 1952," in: D. Albrecht et al. (Hrsg.), op. cit., S. 503 - 517.

34) Die starke Kontinuität im Wahlverhalten zeigt eindringlich Jürgen W. Falter, "Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn," in: Politische Vierteljahresschrift 22 (1981), S. 236 - 263.

35) Zit. nach Anneliese Poppinga, Konrad Adenauer. Geschichtsverständnis, Weltanschauung und politische Praxis (Stuttgart 1975), S. 80.

lungsstrategie der Regierungsparteien machte für die SPD einen Anpassungsprozeß unausweichlich. Den "Turm der 30 Prozent" zu verlassen, hieß auch für sie, die Grenzen ihres Milieus zu überschreiten. Dieser Schritt wurde im Godesberger Programm (1959) vollzogen.

Dieser Wandel der Parteien wurde durch bedeutsame Veränderungen auf der Seite der Milieus gefördert. Die Prozesse der Schrumpfung und der Profilabschwächung, die für das katholische Milieu bereits umrissen wurden, treffen mehr oder minder für alle Milieus zu.

Im katholischen Milieu wurde parteipolitisch insbesondere die Tendenz zur Pluralisierung bedeutsam, die sich sowohl in der katholischen Hierarchie als auch in den Laienorganisationen zeigte 37). Die Identifikation der Kirche mit politischen Entscheidungen der Unionsparteien, auf die sie nur begrenzten Einfluß nehmen konnte, und deren "christlicher Charakter" im Zuge der allgemeinen Entideologisierung immer kontroverser wurde, wurde nun deutlich als Bedrohung der Glaubwürdigkeit der Kirche wahrgenommen. Dies führte seit Mitte der 60er Jahre zu einer Lockerung der Koalition zwischen dem organisierten Katholizismus und den Unionsparteien sowie zu einer Entkrampfung des Verhältnisses zur SPD.

Die Wiederannäherung an die Unionsparteien seit Mitte der 70er Jahre im Zusammenhang mit der Grundwertediskussion und den kirchenkritischen Thesen der FDP hat diesen Pluralisierungsprozeß nicht vollständig rückgängig gemacht. Die relative Nähe zu den Unionsparteien hat daher heute eine andere Qualität als in den 50er Jahren. Sie bedeutet nicht pauschale Unterstützung, sondern beruht auf einer mehr oder weniger großen Übereinstimmung der Positionen in einzelnen politischen Sachbereichen. Ein selbstverständliches Monopol der CDU/CSU bei der Vertretung kirchlicher Positionen ist daher heute nicht mehr denkbar. Auch im Verbandskatholizismus ist die Entwicklung so weit fortgeschritten, daß "auf der unteren Ebene eine plurale Situation eingetreten ist, die es nicht mehr erlaubt, den kirchlichen Bereich als die natürliche Reservearmee der CDU anzusehen 38)."

Beide sich wechselseitig verstärkenden Prozesse: die Erosion der Milieus und die Veränderung der Parteien in Richtung auf "Volksparteien", die sich gegenüber ihren angestammten Milieus verselbständigt haben, legen die Vermutung nahe, daß sich auch das Wahlverhalten entsprechend verändert hat, Konfessionszugehörigkeit und Kirchenbindung also in gleichem Maße an Bedeutung verloren haben. Die Wählerbasis der deutschen Parteien ist - trifft diese Vermutung

36) Vgl. Rudolf Wildenmann, "Die soziale Basis der Herrschaft Konrad Adenauers, in: Blumenwitz et al. (Hrsg.), op. cit., S. 275 - 284.

37) Vgl. Klaus Gotto, "Wandlungen des politischen Katholizismus seit 1945", in: Oberndörfer/Rattinger u. Schmitt (Hrsg.), op. cit., S. 221 - 244.

38) Herbert Kühr, "Lokalpartei und Kirche," in: ders. et al. (Hrsg.), Lokalpartei und vorpolitischer Raum (Melle 1982), S. 97.

zu - seit 1945 in konfessioneller Hinsicht konturenlos geworden.

Eine zeitvergleichende Betrachtung des Wählerverhaltens seit Bestehen der Bundesrepublik kommt freilich zu anderen, vor dem dargestellten Hintergrund überraschenden Ergebnissen 39). Eine Angleichung des Wahlverhaltens zwischen Katholiken und Protestanten hat nicht stattgefunden. Der Abstand zwischen den Konfessionen in ihren Stimmenanteilen für beide große Parteien ist in der Nachkriegszeit in seiner Größenordnung erhalten geblieben. Die Konfession hat damit im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik ihre Bedeutung für das Wahlverhalten nicht nur nicht verloren, sondern ist - angesichts des rückläufigen Einflusses anderer Merkmale wie etwa der Schichtzugehörigkeit - zur wichtigsten sozialstrukturellen Einflußgröße des Wahlverhaltens geworden 40).

Weiterhin ist bemerkenswert, daß der stetige Zuwachs der SPD bis Anfang der 70er Jahre im katholischen wie auch im evangelischen Wählersegment nicht so sehr auf einer zunehmenden Anziehungskraft auf die Arbeiterschaft beruhte, als vielmehr auf dem Überschwenken großer Teile des Neuen Mittelstandes. Die überwiegende Mehrheit der kirchlich gebundenen katholischen Arbeiter blieb den Unionsparteien treu. Das bedeutet, daß die Hoffnungen, die in der SPD an das Godesberger Programm geknüpft wurden, sich zumindest hinsichtlich derjenigen Teile der katholischen Bevölkerung, um die die Debatten der 50er und 60er Jahre besonders heiß geführt wurden, nicht erfüllt haben.

Dieser Kontrast zwischen drastischen Veränderungen auf der Ebene von Milieus und Parteien und Konstanz auf der Ebene des Wählerverhaltens läßt sich erklären, wenn man einen längerfristigen Wandlungsprozeß annimmt, in dessen erster (gegenwärtig noch andauernder) Phase die Weichen für Veränderungen des Wahlverhaltens gestellt werden, diese selbst jedoch noch nicht sichtbar sind. Unter dieser Annahme wirkt sich die Lockerung der Bindung an Kirche und Konfession parteipolitisch mit einer Phasenverzögerung aus. Katholiken, die im Laufe ihres Lebens aufhören, Katholiken im kirchlichen Sinne zu sein, bleiben es mit großer Wahrscheinlichkeit im wahlsoziologischen Sinne. Der wahlsoziologische Säkularisierungseffekt zeigt sich, wenn überhaupt, dann erst in der darauf folgenden Generation. Das katholische Milieu fungiert solchermaßen als Geburtshelfer einer individuellen, nicht mehr durch Konfessionszugehörigkeit begründeten Bindung an die Unionsparteien. Seine Wirkung lebt in solchen "Erbstücken" fort.

Daß säkularisierten Katholiken eine solche politische Option überhaupt offenstand, ist keineswegs selbstverständlich. Sie hatte vielmehr die seit 1945 in der

39) Zum folgenden vgl. Karl Schmitt, Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland (Berlin 1989).

40) Vgl. Kendall L. Baker, Germany Transformed. Political Culture and the New Politics (Cambridge, Mass. u. London 1981); Hans-Joachim Veen u. Peter Gluchowski, "Sozialstrukturelle Nivellierung bei politischer Polarisierung - Wandlungen und Konstanten in den Wählerstrukturen der Parteien 1953-1987", in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 19 (1988), S. 225 - 248.

Bundesrepublik bestehende Parteienkonstellation zur Voraussetzung, die es im Unterschied etwa zur Situation in den Niederlanden 41) erlaubte, das Milieu zu verlassen, aber die das Milieu repräsentierende Partei weiterhin zu wählen. Entscheidend war hier die 1945 von den Führern des organisierten Katholizismus getroffene Grundentscheidung, auf die Wiedererrichtung der Zentrumspartei zu verzichten und stattdessen eine interkonfessionelle Partei zu gründen.

Paradoxerweise hat diese Weichenstellung ermöglicht, daß die konfessionellen Unterschiede im Verhalten der deutschen Wähler bis heute erhalten geblieben sind. Aufgrund gerade dieser Entscheidung konnten die Unionsparteien den seit den 60er Jahren verstärken Säkularisierungsprozeß im katholischen Bevölkerungsteil ohne massive Verluste auffangen. Der Doppelcharakter der Unionsparteien als Partei des katholischen Milieus einerseits und als Sammlungsbewegung rechts von der SPD andererseits sorgte zum einen für die Loyalität derjenigen Katholiken, die in ihrem Milieu verblieben. Er erlaubte jedoch zum anderen einem großen Teil der Katholiken, ihre Bindung an Kirche und Konfession zu lockern oder ganz zu lösen, ohne gleichzeitig ihre angestammte parteipolitische Orientierung aufgeben zu müssen.

Dieser Doppelcharakter der CDU/CSU wurde dadurch gesichert, daß der Kanzler Adenauer seine Partei von Anfang an als Basis für Staatspolitik, und nicht in erster Linie zur Durchsetzung der Interessen des katholischen Milieus benutzte. Die bis heute sichtbare "Geschlossenheit der katholischen Stimmen" ist daher gerade nicht als Ausdruck eines "Kulturkampfes ohne Gegner" 42) zu verstehen, sondern, im Gegenteil, als Ergebnis des Verzichts der Unionsparteien, den Kulturkampf zum Kern ihrer Politik zu machen. Kurz, der Konfessionalismus des Wahlverhaltens verdankt sich der Entkonfessionalisierung der Parteien.

IV. Resümee

"Katholizismus, politischer und sozialer, ist keine ewige, sondern eine ausgesprochen historische Kategorie" 43). Wie sehr diese historisch relativierende Sicht gerechtfertigt ist, haben die aufgezeigten, teilweise drastischen Veränderungen seit der Reichsgründung deutlich gemacht.

Im 19. Jahrhundert, beim Eintritt Deutschlands in das Zeitalter der Massenpolitisierung, wurde Religion auf dem Weg über die konfessionelle Konfrontation überraschend zu einer gesellschaftliche Strukturen und politisches Verhalten der Massen prägenden Kraft, allerdings nur im katholischen Bevölkerungsteil. Hier erlaubte eine eigene abgeschlossene Subgesellschaft, die Säkularisierung noch

41) Vgl. Rudy B. Andeweg, Dutch Voters Adrift. On Explanations of Electoral Change 1963 - 1977 (Leiden 1982).

42) Blankenburg, op. cit., S. 169.

43) Oswald von Nell-Breuning, "Katholizismus," in: Karl Gabriel und Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.), op. cit., S. 24.

einmal aufzuhalten, *gegen* den Trend der gesellschaftlichen Modernisierung, aber *mit* deren Mitteln: Organisation und Integration.

Seit dem Zweiten Weltkrieg vollzieht sich dagegen ein Prozeß der Erosion des im 19. Jahrhundert etablierten konfessionspolitischen Systems: Entschärfung der konfessionellen Konfrontation und Abschwächung konfessionellen Sonderbewußtseins; Öffnung, Pluralisierung und weitgehende Auflösung des katholischen Milieus; Entkonfessionalisierung der Parteien.

Unter den Ursachen, die zur Erklärung dieses Wandels dienen können, lassen sich äußere und innere unterscheiden. Zu den Ursachen, die die Grundlagen einer konfessionellen Subgesellschaft von außen in Frage stellten, gehören vor allem der neue Konfessionsproporz der Bundesrepublik und die vollzogene soziale und politische Gleichstellung der Katholiken. Als weiterer wichtiger äußerer Faktor kann die im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung immer weiter fortschreitende Aufbrechung der familialen und lokalen Lebenswelten gelten.

Der "Marsch aus dem Ghetto" war jedoch nicht allein durch äußere Umstände erzwungen, sondern beruhte zugleich auf Entwicklungen und Entscheidungen innerhalb des katholischen Milieus.

Das katholische Verbandswesen, das der Aufrechterhaltung religiöser Deutungsmuster in vielfältigen Lebensbereichen und der Binnenintegration des Milieus dienen sollte und diente, entwickelte eine Eigendynamik, die über die Milieugrenzen hinaus drängte. "Die Mittel, modern wie sie waren, machten sich selbständig und veränderten Ziele und Strukturen 44)." Was sich bereits zu Beginn des Jahrhunderts abzeichnete, kam in den 60er und 70er Jahren voll zur Entfaltung: Das Verbandswesen wurde "ein Vehikel der Modernität 45)."

Der Verzicht auf die Neuerrichtung der Zentrumspartei, Grundvoraussetzung der Entkonfessionalisierung des Parteiensystems, beruhte auf einer bewußten Entscheidung. Sie war geboren aus der Einsicht in die Schwächen einer auf ein konfessionelles Milieu fixierten Parteipolitik, wie sie am Ende der Weimarer Ära zutage getreten waren. Die Gründung der Unionsparteien war die "Lehre", die die Weimarer Generation christlicher Politiker "aus der Geschichte des politischen Katholizismus und seines Scheiterns 46)" gezogen hat.

Schließlich hat in den 60er und 70er Jahren die Neuorientierung der katholischen Theologie und Soziallehre - gesamtkirchlich vom II. Vatikanum festgeschrieben - einen bedeutenden Beitrag zur innerkirchlichen Pluralisierung und Öffnung geleistet. Indem nun die Eigenständigkeit und Eigengesetzlichkeit des politischen und gesellschaftlichen Bereichs offiziell anerkannt wurde, waren unterschiedliche politische Positionen innerkirchlich legitimiert, konnte sich die Aktionsform der "acies ordinata" nicht mehr ohne weiteres auf die Autorität der Kirche berufen.

44) Nipperdey, op. cit., S. 594.

45) Ebd., S. 593.

46) Rudolf M o r s e y, Der Untergang des politischen Katholizismus (Stuttgart u. Zürich 1977), S. 222.

Die Ursachen von Stabilität und Wandel machen deutlich, daß die Interpretation des Konzepts der "politisierten Sozialstruktur" im Sinne einer einfachen Kausalbeziehung, derzufolge bestimmte Konflikte entsprechende Milieus und diese wiederum eine entsprechende Konfiguration von Parteien nach sich ziehen, keine notwendige, sondern nur eine von mehreren möglichen ist. Für die Genese des auf Milieus gegründeten Parteiensystems erscheint diese Interpretation insgesamt noch durchaus plausibel. Aber auch hier ist nicht ohne weiteres von "naturwüchsigen" konfessionellen Konflikten auszugehen, die sich quasi automatisch in Milieus und Parteien übersetzen. Vielmehr ist die starke Thematisierung des Konfessionskonflikts ihrerseits schon ein Werk des im Entstehen begriffenen katholischen Milieus, wie dieses selbst mehr ist als ein "Reflex" der Konflikte.

Für das einmal etablierte System vom Ausgang des Kaiserreichs bis zum Ende der Weimarer Republik gewinnen Milieu und Partei an Eigengewicht. Kennzeichnend für diese Phase ist eine Wechselwirkung von Konfliktstruktur, Milieu und Partei, die sich gegenseitig stabilisieren. In der Bundesrepublik schließlich wird die Partei zu einer entscheidenden Größe mit gravierenden Rückwirkungen auf Konfliktstruktur und Milieu. Indem die Unionsparteien nicht mehr als "Aktionsausschuß" eines Milieus fungierten, in dem sie sich nunmehr mehrheitsdemokratischen anstelle der bisherigen konkordanzdemokratischen Verhaltensmustern zuwandten und die Entkonfessionalisierung der Politik vorantrieben, trugen sie wesentlich zur Entschärfung des Konfessionskonflikts und zur Schwächung des katholischen Milieus bei.

Bezieht man die angedeuteten vielfältigen Wirkungsmuster zwischen Konflikten, Milieus und Parteien in das Konzept der "politisierten Sozialstruktur" ein, so eignet sich dieses, nicht nur die Politisierung, sondern auch die Entpolitisierung der Sozialstruktur zu erklären.